

Der atemberaubende Absturz der Liz Truss

Stand: 20.10.2022 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Claudia Wanner



Premierministerin Liz Truss auf dem Weg ins Parlament

Quelle: dpa

Niemals hat ein Premier sein politisches Kapital schneller verbrannt als Liz Truss. Nach weniger als zwei Monaten an der Macht blieb der britischen Regierungschefin nur der Rücktritt. Für die britischen Konservativen beginnen damit die Probleme erst.

Charles Walker hält mit seinem Ärger nicht hinter dem Berg. „Das ist eine absolute Schande, ein heilloses Durcheinander, absolut fürchterlich“, sagte der konservative Abgeordnete, der seit 17 Jahren im Unterhaus sitzt und zu den Granden der Partei gehört, am Mittwochabend. Wütend sei er angesichts der jüngsten Entwicklungen, die die Partei in ein erbärmliches Licht rückten. „Ich hoffe nur für alle diese Leute, die dazu beigetragen haben, Liz Truss in Number 10 zu bringen, dass es das wert war.“

Der Schaden, den sie der Partei zugefügt haben, sei „außerordentlich.“ Nun ist klar: Liz Truss wird keine Gelegenheit mehr haben, den Schaden wiedergutzumachen. Am Donnerstag verkündete sie ihren Rücktritt. „Ich habe mit dem König gesprochen, um ihm mitzuteilen, dass ich als Chefin der Konservativen Partei zurücktrete“, sagte Truss in einer Pressekonferenz.

Als Premierministerin will sie noch im Amt bleiben, bis eine Nachfolge gefunden ist. Dieser Prozess solle bereits innerhalb der kommenden Woche ablaufen, so die scheidende Regierungschefin. Gerade

einmal 45 Tage war sie als britische Premierministerin im Amt gewesen – und von einer Krise in die nächste gestolpert.

Die Luft war am Mittwoch noch dünner geworden. Da warf Innenministerin Suella Braverman den Job hin und legte Truss offen nahe, es ihr nachzutun. Dann kam es am Abend im Unterhaus zu völligem Chaos (</politik/ausland/video241683153/Premierministerin-Ruecktritt-von-Innenministerin-Braverman-setzt-Truss-unter-Druck.html>) bei einer wichtigen Abstimmung zur Zukunft des Frackings im Land. Die Methode, mit der Erdgas aus Gestein und tiefen geologischen Schichten gefördert wird, ist auch unter den Tories umstritten. Daraus eine Vertrauensabstimmung über die Regierung zu machen, inklusive Fraktionszwang, ließ die Gräben in der Partei aufbrechen.

Die Stimmung in der Partei in den Stunden vor dem Rücktritt war am Tiefpunkt. „Wir überleben von Tag zu Tag. Nein, das ist Quatsch. Tatsächlich überleben wir von Stunde zu Stunde“, wurde ein nicht genannter Minister in den Medien zitiert. Die Boulevard-Zeitung „Daily Star“ ließ einen Salatkopf vor einer Live-Kamera neben einem Bild von Truss welken und wettete, dass die Premierministerin schneller am Ende sein würde. Seit Wochen wird der Status Großbritanniens an den Finanzmärkten immer wieder mit dem eines Schwellenlandes verglichen. Zweifel werden laut, ob das System und seine Institutionen noch funktionieren.

Als Truss am 5. September in der Downing Street Einzug hielt, hatte sie das den knapp 200.000 Mitgliedern der konservativen Partei zu verdanken, die ihr in einer Stichwahl gegen Ex-Finanzminister Rishi Sunak den Vorzug gegeben hatten. Nötig geworden war die Abstimmung durch den Rücktritt von Boris Johnson, der nach zahlreichen Affären das Vertrauen vieler Parlamentarier verloren hatte. Doch Truss' Sieg hatte große Mängel (</debatte/kommentare/article241683907/Grossbritannien-Finanzmaerkte-haben-das-Sagen-nicht-das-Parlament.html>). So hatten sich die Abgeordneten der Partei, im Gegensatz zu den Mitgliedern, mehrheitlich hinter Sunak gestellt, mit dem sie sich in Wahlveranstaltungen erbitterte Auseinandersetzungen geliefert hatte.

Klar war von Anfang an: Truss steht für Steuersenkungen, setzt auf ein Minimum staatlicher Eingriffe und vertraut der Macht des freien Marktes. Doch letzterer versetzte ihr den ersten schweren Schlag. Nach einer erzwungenen Ruhepause in den Anfangstagen nach der Amtsübernahme – die offizielle Trauerperiode nach dem Tod von Königin Elizabeth II. – verkündete der damalige Schatzkanzler und Truss' persönlicher Freund Kwasi Kwarteng einen überraschend umfangreichen Nachtragshaushalt.

Eine Deckelung der Energiekosten für private Haushalte und Unternehmen wurde ergänzt um die Senkung der Einkommensteuer, der Sozialversicherung und die Aufgabe des Spitzensteuersatzes. Die Unternehmenssteuer wurde gesenkt, ebenso wie Steuern für Hauskäufer, ausländische Touristen und

die Spirituosenbranche. Doch die Maßnahmen waren weder, wie üblich, vom unabhängigen Rechnungshof geprüft, noch war ihre Finanzierung klar. Höhere staatliche Schulden sollten den größten Teil der milliardenschweren Lücke füllen.

Als Mini-Budget wurde das Maßnahmenpaket bezeichnet, doch die Konsequenzen waren massiv. Das Pfund stürzte ab, die Zinsen für die staatliche Schuldenaufnahme schossen in die Höhe, zwischenzeitlich über das Niveau von Griechenland und Italien. Bausparkassen stoppten die Ausgabe neuer Hypotheken. Pensionskassen gerieten wegen der Zinsen ins Straucheln. Schließlich sah sich die Bank of England zum Eingreifen veranlasst, mit Verweis auf „ein erhebliches Risiko für die Stabilität des britischen Finanzmarktes“.

Für ein paar Tage sorgte das für Ruhe, bevor Währung und Anleihen vergangene Woche erneut in Turbulenzen gerieten. Die Notenbank legte noch zweimal mit Maßnahmen nach. Am Ende half aber nur eine Personalie: Finanzminister Kwasi Kwarteng, enger Vertrauter von Truss, wurde ausgetauscht. Der Nachfolger wurde Ex-Außenminister Jeremy Hunt. Er räumte in seiner ersten Ansprache das Mini-Budget ab (</politik/ausland/article241635035/Grossbritannien-Britischer-Finanzminister-Hunt-nimmt-Grossteil-des-Konjunkturprogramms-zurueck.html>), kündigte Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen und ein deutlich beschnittenes Energiepaket an. Von Truss' erklärter politischer Überzeugung blieb nichts als ein Scherbenhaufen.

Die Investoren waren fürs Erste überzeugt – in der Partei sah das ganz anders aus. Nicht nur blieben die von vielen Tories erhofften Steuersenkungen aus. Mit Hunt sitzt nun ein Mann aus dem gemäßigten Zentrum der Partei, noch dazu Brexit-Gegner, an einem entscheidenden Schalthebel.

Am Mittwoch folgte der nächste Schlag für den rechten Flügel der Konservativen, als Innenministerin Suella Braverman (</politik/ausland/article241680289/Suella-Braverman-Britische-Innenministerin-gibt-nach-43-Tagen-ihren-Posten-in-Regierung-Truss-auf.html>) zurücktreten musste, offiziell wegen eines Verstoßes gegen die Sicherheitsvorschriften, nachdem sie eine Nachricht mit sensiblen Informationen von einem privaten E-Mail-Account geschickt hatte. Dahinter steckte aber ein handfester Streit um die Zuwanderungspolitik. Mit möglichen Lockerungen bei den Regeln hatten Truss und Hunt gehofft, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Braverman wollte dagegen mit weiteren Verschärfungen weniger Menschen ins Land lassen.

In einem geharnischten Rücktrittsschreiben legte Braverman der Premierministerin direkt den Rücktritt nah, nachdem sie ihr vorgeworfen hatte, zentrale Versprechen des Parteiprogramms gebrochen zu haben. „So zu tun, als hätten wir keine Fehler gemacht; weiterzumachen, als würde niemand sehen, dass wir sie gemacht haben, und zu hoffen, dass die Dinge sich auf märchenhafte

Weise wieder einrenken, ist keine ernst zu nehmende Politik“, schrieb sie. „Ich habe Fehler gemacht, ich übernehme die Verantwortung, ich trete zurück.“

Keine 24 Stunden später tat das auch Truss. Für die Tories bleibt die Lage aber prekär: Es ist fraglich, ob sich die zersplitterte Partei auf einen Kandidaten einigen kann, der zumindest übergangsweise die Geschäfte führen könnte. Vor Neuwahlen aber schrecken die Abgeordneten ebenfalls zurück – die oppositionelle Labour-Partei hat in den Umfragen 30 Prozentpunkte Vorsprung.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241696481>